

**Ansprache des Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Dr. Fritz Hähle, anlässlich der Gedenkveranstaltung „Volksaufstand für die Freiheit“ des Sächsischen Landtages am 17. Juni 2003**

Herr Landtagspräsident, Herr Ministerpräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Sächsische Landtag gedenkt mit dieser Veranstaltung der Ereignisse des 17. Juni 1953. Wir denken vor allem an die Menschen, die bei der Niederschlagung des Volksaufstands ums Leben gekommen sind. Nach neusten Auswertungen sind es mindestens 125 gewesen, die getötet wurden, davon 48 standrechtlich hingerichtet. Wir erinnern auch an jene, die ohne ausreichende Rechtsgrundlage und ohne dass eine unvoreingenommene Untersuchung stattgefunden hätte oder ein fairer Prozess, lange Freiheitsstrafen erhielten. Und wir erinnern uns an die Folgen des gescheiterten Volksaufstands für alle, die im Arbeiter- und Bauernstaat blieben.

Die das miterlebt haben, wissen, es gab 1.000 Spielarten, diejenigen, die als Feinde des Sozialismus und des Arbeiter- und Bauernstaates ausgemacht waren, zu demütigen und zum Schweigen zu bringen. Die Urteile gegen die angeblichen Feinde des Volkes wurden mit großem Propagandaaufwand öffentlich gemacht. Damit es sich ja niemand mehr wagen sollte, gegen den SED-Staat aufzubegehren. Die Regierenden wollten es einfach nicht wahrhaben, dass sich am 17. Juni eine spontane Volkserhebung ereignet hatte. Sie waren völlig überrascht davon, dass sich die Proteste wie ein Lauffeuer übers ganze Land verbreiteten, und später erklärten die SED-Oberen, sie seien vom Volk enttäuscht worden. Meinten sie doch, alles zum Wohle des Volkes getan zu haben. Und nun diese Undankbarkeit. Wer die Ausstellung im Bürgerfoyer des Landtags besichtigt, der sollte sich auch die Tafel ansehen, wo ein Gedicht des SED-getreuen Kurt Barthel aufgezeichnet ist. Dieses Gedicht endet: „Schämt ihr euch, wie ich mich schäme? Da werdet ihr wohl sehr viel und sehr gut mauern müssen, ehe euch diese Schmach vergessen wird.“ Brecht bot später die Lösung an. Die Regierung solle sich doch das Volk auflösen und sich ein anderes wählen.

Ja, die Partei- und Staatsführung konnte und wollte es sich nur so erklären, dass westliche Agenten die Sache angezettelt und faschistische Elemente Teile des Volkes für ihre schmutzigen Ziele benutzt hatten. Von einem konterrevolutionären Putsch war die Rede. Anders konnte es doch nicht sein, denn die Idee einer klassenlosen Gesellschaft war doch so gut, ihre grundsätzliche Überlegenheit wissenschaftlich erwiesen! Könnte sie, diese neue Gesellschaftsordnung, ungestört aufgebaut und zur Wirkung gebracht werden, dann müsse es alsbald ein kleines Paradies auf Erden geben, da würden dann die werktätigen Massen im kapitalistischen Teil Deutschlands solches auch haben wollen. Und so sei die Einheit Deutschlands durch die Einführung des Sozialismus in ganz Deutschland wieder herzustellen.

Wir kennen diese Theorie. Sie wurde uns in der Schule, beim Studium, über die Medien beinahe Tag und Nacht eingebläut. Die Theorie hörte sich auch ganz gut an, nur die Praxis sah eben ganz anders aus. Die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis wurde am 17. Juni 1953 offenbar, nur acht Jahre nach dem Neubeginn 1945 und vier Jahre nach

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Gründung der DDR. Nicht das Prinzip der staatlichen Reglementierung der Wirtschaft und der politischen Bevormundung des Volkes hatte sich als überlegen erwiesen, sondern die soziale Marktwirtschaft und die demokratische Ordnung im westlichen Teil Deutschlands. Dass dieses schon zu einem so frühen Zeitpunkt ohne jeden Zweifel erkennbar war, das sei allen ins Gedächtnis gerufen, die noch heute oder heute schon wieder von den guten alten DDR-Zeiten träumen. Mag sein, dass auch im Westen die Arbeiter von Zeit zu Zeit streikten, um höhere Löhne, um bessere Arbeitsbedingungen. Aber sie verbanden solche Arbeitskämpfe nie mit der Forderung, sie wollten Verhältnisse wie in der DDR. Und sie liefen auch nicht scharenweise vom Westen nach dem Osten, sondern der Strom ging umgekehrt. Diese Störquelle wurde freilich später, 1961 mit dem Bau der Mauer ausgeschaltet. Nun sollte es im geschlossenen System endlich vorwärts gehen. Die gesetzmäßige Überlegenheit des Sozialismus sollte endlich ihre Wirkung entfalten. Aber die Gesetzmäßigkeit scherte sich nicht darum. Sie versagte weiterhin. Das Volk wusste es längst. Freilich wagte das dann kaum jemand auszusprechen. Die Angst ging um.

Bis zum Herbst 1989 sollte es dauern, bis wieder eine Situation eintrat wie im Juni 53. Menschen überwandern ihre Angst, sprachen nicht nur die Missstände offen an, sondern auch deren Ursachen. Viele kamen nach und nach aus ihren Schneckenhäusern heraus und stimmten mit ein. Es ging wieder wie ein Lauffeuer durch das Land und diesmal kamen, Gott sei Dank, keine Panzer, um das SED-Regime zu retten. Ohne die sowjetischen Panzer hätten wir schon 1953 das haben können, was 1989 endlich erreicht wurde.

Nun will ich keineswegs verkennen, dass die historische Situation solches damals wohl noch nicht zuließ. Die Teilung Europas war auf Beschluss der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, auch der westlichen, Bestandteil der Nachkriegsordnung. Ein Eingreifen der Westmächte hätte sicherlich den Weltfrieden gefährdet. Aber zur historischen Wahrheit gehört eben auch, dass man damals in der großen Sowjetunion immer noch der Meinung war, man könne den Himmel auf Erden schaffen, auch wenn es bis zur Erreichung dieses Ziels erst einmal notwendig sei, die Gegner des sozialistischen Systems in Lager zu sperren und viele von ihnen umzubringen. Das Volk wurde für dumm gehalten. Eine angebliche Elite, eine selbsternannte Avantgarde nahm sich das Recht heraus vorzuschreiben, was gut und richtig ist und was jeder zu denken hat. Meine sehr geehrten Damen und Herren, genau das war und ist der Urgrund des Übels immer wieder. Und wenn wir etwas gelernt haben sollten, dann muss es die Wachsamkeit sein, die solchem Treiben von Anfang an und zu aller Zeit Widerstand entgegengesetzt. Als Held wird niemand geboren. Es gibt Situationen im Leben und in der Geschichte, die Menschen heraustreten lässt, unvermittelt, ohne dass sie es sich vorgenommen hätten. Und so ist es gewesen im Juni 53, als sich die streikenden Bauarbeiter in Berlin gefragt hatten: „Was sollen wir jetzt tun?“ Und einige haben Antworten gegeben, die weitergingen. „Wir brauchen nicht nur niedrigere Arbeitsnormen und bessere Bezahlung. Was wir wirklich brauchen ist Freiheit, sind freie Wahlen. Am besten wäre für uns die Einheit Deutschlands.“ So wurden die, die das sagten, die Anführer. Sie waren wohl früh zur Arbeit gekommen, keineswegs mit der Absicht, den Helden zu spielen. Aber sie haben im entscheidenden Moment auch nicht sofort daran gedacht, welche Folgen ihr mutiges Auftreten für sie und ihre Familien haben könnte. Diesen Männern und Frauen verdanken wir viel. Ihr Mut, ihre Zivilcourage, ihr Verantwortungsbewusstsein waren Ansporn und

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Ermutigung für viele, die sich in den Zeiten der Unterdrückung nie ganz gebeugt und die Ideale von 1953 bewahrt und weitergetragen haben.

Es gibt nicht mehr viele, die heute authentisch von damals und von ihrem schweren Weg durch die Stasigefängnisse und Arbeitslager berichten können. Was zu beklagen ist, ist, dass der von ihnen so herbeigesehnte Rechtsstaat keine wirkliche Gerechtigkeit für sie bereithält. Die Rentenansprüche der im einstigen Unterdrückungsapparat willfährig dienenden Spitzel, Staatsanwälte, Richter, Bewacher und Parteifunktionäre gelten nach den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland als rechtmäßig erworben und sie müssen ausgezahlt werden. Die Haftentschädigung für die Opfer ist dagegen mehr als mager. Ihre Rentenansprüche sind gering. Es wäre in der Tat ein gutes Zeichen, wenn es angesichts des heutigen Gedenktages gelänge, für das Gesetz über eine Ehrenpension im Deutschen Bundestag eine Mehrheit zu erzielen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir abschließend noch eine vergleichende Betrachtung der Ereignisse des 17. Juni 1953 mit denen des Herbstes 1989. Es gibt auch Gemeinsamkeiten, sowohl 1953 als auch 1989 flammten die Proteste erst richtig auf, nachdem die Regierung den erkennbaren Forderungen des Volkes eigentlich schon ein Stück entgegengekommen war. 53 war es der neue Kurs, das Eingeständnis der DDR-Regierung, einige Fehler gemacht zu haben. Und 89 war es die teilweise Rücknahme des Reiseverbots in Richtung Westen. Ich will sagen, wenn sich Diktaturen plötzlich milde zeigen, wird ihnen das nicht als Stärke, sondern als Schwäche ausgelegt. Denn Diktaturen beziehen ihre Legitimation einzig und allein aus ihrer selbsterklärten Unfehlbarkeit, wodurch die Lüge zum System wird. Eine freie Gesellschaft lebt dagegen von ihrer durch Gewaltenteilung selbst organisierten Machtbegrenzung; und von ihrer Offenheit, die Wahrhaftigkeit erfordert. Demokratie ist auf die argumentative Kraft ihrer politischen Akteure angewiesen. Und diese empfangen ihre Legitimation aus der mehrheitlichen Zustimmung des Volkes. Am 1. Mai nächsten Jahres werden weitere zehn Staaten, die meisten mit der erklärten Zustimmung ihrer Völker, Mitglieder der Europäischen Union sein. Damit ist die Teilung Europas praktisch zu Ende. Zu danken haben wir dieses auch den couragierten Frauen und Männern des 17. Juni und vielen anderen, die in Polen, in der ehemaligen Tschechoslowakei, in Ungarn und anderswo für Freiheit und Demokratie aufgestanden sind und sicherlich auch ein wenig den 18 sowjetischen Soldaten, von denen es heißt, dass sie standrechtlich erschossen wurden, weil sie sich am 17. Juni 1953 weigerten, auf die Demonstranten zu schießen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

*[Quelle: Gedenkveranstaltung „Volksaufstand für die Freiheit“ am 17. Juni 2003, hrsg. vom Sächsischen Landtag, Veranstaltungen des Sächsischen Landtags, Heft 30, Dresden o.J. (2003), S. 7-10.]*

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---